**Sitzungsvorlage Nr. VIII/39
öffentliche Sitzung**

Beratungsgang:

Wahlprüfungsausschuss **23.11.2009**

Rat **26.11.2009**

Betreff: **Prüfung der Kommunalwahl vom 30. August 2009**

FB/Az.: FB I / 062.31-9

Produkt: 39/02.006 Wahlen, Abstimmungen und Statistiken

Bezug:

Finanzierung:

Höhe der tatsächlichen/ voraussichtlichen Kosten:

Finanzierung durch Mittel bei Produkt:

Über-/ außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von:

Finanzierungs-/ Deckungsvorschlag:

Beschlussvorschlag für den Rat:

Gemäß § 66 Kommunalwahlordnung in Verbindung mit § 40 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz wird

- a) die Wahl des Bürgermeisters
- b) die Wahl des Gemeinderates

vom 30. August 2009 für gültig erklärt.

Sachverhalt:

Unter Hinweis auf § 40 Kommunalwahlgesetz (KWahlG) geht der Beschlussfassung des Rates über die Einsprüche sowie über die Gültigkeit der Wahl eine Vorprüfung durch den Wahlprüfungsausschuss voran und erstreckt sich auf folgende, als denkbar zu bezeichnende Fälle:

1. Mangelnde Wählbarkeit eines Vertreters, woraufhin dessen Ausscheiden aus dem Rat anzuordnen wäre;

2. Feststellung von Unregelmäßigkeiten bei der Vorbereitung der Wahl oder bei der Wahlhandlung, die im jeweils vorliegenden Einzelfall auf das Wahlergebnis im Wahlbezirk oder auf die Zuteilung der Sitze aus der Reserveliste von entscheidendem Einfluss gewesen sein könnten;
3. Aufhebung und Neufestsetzung des Wahlergebnisses, sofern es für ungültig erklärt wird.

Wird festgestellt, dass keiner der unter 1. bis 3. genannten Fälle vorliegt, so ist die Wahl für gültig zu erklären.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Wahlausschuss in seiner Sitzung am 03. September 2009 das Wahlergebnis ohne rechnerische Berichtigung festgestellt hat und die Entscheidung am 09. September 2009 im Amtsblatt Nr. 9/2009 der Gemeinde Rosendahl veröffentlicht wurde.

Gemäß § 39 KWahlG konnten gegen die Gültigkeit der Wahl

- a) jeder Wahlberechtigte des Wahlgebietes
- b) die für das Wahlgebiet zuständige Leitung solcher Parteien und Wählergruppen, die an der Wahl teilgenommen haben, sowie
- c) die Aufsichtsbehörde

binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses Einspruch erheben, wenn sie eine Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl gemäß § 40 Abs. 1 Buchstabe a) bis c) KWahlG für erforderlich hielten. Diesbezügliche Einsprüche sind jedoch nicht erhoben worden, sodass die Bürgermeister- und Ratswahl vom 30. August 2009 als gültig zu betrachten ist.

In Vertretung:

Gottheil
Allgemeiner Vertreter